

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 5/40. Jahrgang

Mai 2009

Schutzgebühr: 0.30 E

Das neue Rathaus: schon vor der Einweihung in der Kritik

Mitte Mai wird das neue "Kultur-Rathaus" offiziell eröffnet; aber schon jetzt zeigen sich gravierende Mängel: die mögliche Präsenz interessierter Zuschauer des Stadtparlaments wird erheblich eingeschränkt. Während im

ihre Arbeit quasi auf dem Präsentierteller unter den Augen aller Vorbeigehenden verrichten. Das gilt z.B. auch für das Jugendamt, wo gelegentlich Speichelproben zu Vaterschaftstests genommen werden. Der Kommentar



März 1982: Nur ein Beispiel dafür, daß auch im alten Stadthaus die 200 Zuschauerplätze nicht immer ausreichen. Hier ging es um die Ricarda-Huch-Schule - über Anlässe wie die "Gefahrenabwehrverordnung" u.a.m. ganz zu schweigen. Die Stadt sollte zumindest dafür sorgen, daß die Sitzungen nach außen übertragen werden können.

alten Stadthaus für etwa 200 Zuschauer Sitzplätze zur Verfügung standen, werden es dann nur noch 25 (!) sein. Der Parlamentspraxis, durch öde Diskussionen und Ausschluß der Öffentlichkeit in geschlossenen Sitzungen möglichst unter sich zu bleiben, wird so auch baulich Rechnung getragen. Demokratisch ist das nicht! Zum anderen müssen die Beschäftigten dort wegen der totalen Verglasung

von Baudezernent Rausch zur Kritik daran auf der letzten Ausschuß-Sitzung: Dann sollen sie sich einen anderen Arbeitsplatz suchen. Die Linksfraktion hat beantragt, daß den Beschäftigten gestattet werden soll, einen Sichtschutz anzubringen. Dem gegenüber scheint man nicht abgeneigt zu sein. - (Weitere Anträge zur Sitzung des Stadtparlaments am 14. Mai auf Seite 3)

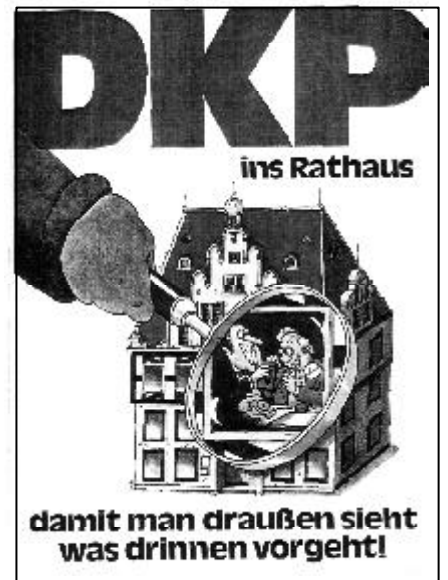
Große Beteiligung am 1. Mai

1000 Menschen, mehr als im vergangenen Jahr, beteiligten sich diesmal an der Mai-Demonstration und Kundgebung des DGB. Die Redebeiträge waren teilweise radikaler, die Demo (Foto) mit einer Laola-Welle beweglicher und aus dem Lautsprecherwagen kam die Internationale. In der Schanzenstraße sprach Heinz Nagel, Mitbegründer der GEW vor 60 Jahren, deutliche Worte und auch die Montagsdemonstranten hielten diesmal einen Redebeitrag (s. Seite 4). Vom notwendigen Widerstand war jedoch wenig zu spüren.



Inhalt:

Gegen Krise + Krieg/Grundgesetz	S.2
Anträge/OB-Wahl/Schulkommission	S.3
Uni-Klinikum/Montagsdemo	S.4
Genmais gestoppt/Osteraktionen	S.5
Weniger Geld für Erzieherinnen	S.5
Buch: SIE kriegen den Karren...	S.6
Leserbriefe	S.7
Termine/EU-Wahl	S.8



Da hat Baudezernent Rausch wohl etwas mißverstanden; die DKP ist für Transparenz und gegen geschlossene Sitzungen, aber nicht für Totalverglasung

Für Frieden und Sozialismus! DKP

Gegen Krise und Krieg

Die Krise weitet sich aus. Heute prognostizieren Wirtschaftsfachleute, die noch vor einem halben Jahr Zweckoptimismus verbreiteten, einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 6%. Was werden sie in einigen Monaten sagen? Rückgang der Produktion bedeutet steigende Erwerbslosigkeit, bedeutet sinkende Kaufkraft... – ein Teufelskreis.

Die Krise kam nicht von ungefähr. Es liegt in der Logik des unkontrollierten Kapitalismus, daß es immer wieder zu Überproduktionskrisen kommt (seit Jahren wurden Autos auf Halde produziert); jetzt kam die Finanzblase hinzu.

Die Bundesregierung steckt Aberrmilliarden in Konjunkturprogramme zur Rettung der Banken und der Industrie. Die Staatsverschuldung steigt ins Unermessliche, während für Sozialausgaben „kein Geld da“ ist. Die beschlossene Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes von 351 auf 359 Euro im Monat ist ein Hohn – das macht gerade 26 Cent pro Tag. Die Maßnahmen kommen im wesentlichen denen

zugute, die Steuern bezahlen. Eine Senkung der Mehrwertsteuer, die allen zugute käme, ist nicht vorgesehen.

Die Losung „Wir zahlen nicht für eure Krise“ ist leider nicht mehr als ein frommer Wunsch; wir zahlen täglich. Bei jedem Einkauf von z.B. 50 Euro zahlen wir



Zeichnung zur Krise; zu sehen als Blickfang und passend zur derzeitigen Büchner-Ausstellung in der Kongreßhalle

9,50 Euro Mehrwertsteuer in die Staatskasse zur Rettung der Banken.

Wie sich die Krise entwickeln wird, wagt niemand vorauszusagen. Irgendwann wird die Rechnung präsentiert und die Milliarden werden fällig. Damit das Geld

dann nicht wieder bei den abhängig Beschäftigten und den Erwerbslosen, bei Rentnern und Kranken, bei Armen und Kindern geholt werden kann, muß heute begonnen werden, Widerstand zu entwickeln.

Der „soziale Friede“, den die Herrschenden in Gefahr sehen, ist ihre Lizenz zur unbehelligten Ausbeutung.

Krise und Kapitalismus ist eins. Wer die Krise bekämpfen will, muß den Kapitalismus bekämpfen.

Es ist notwendig, daß die gesamte Produktion und Dienstleistungen entsprechend den Bedürfnissen und Interessen der Menschen geplant werden und nicht dem Profitprinzip überlassen bleiben. Dann ist Schluß mit Wirtschaftskrisen.

Die gesamte gesellschaftlich notwendige Arbeit muß auf alle erwerbsfähige Menschen verteilt werden, bei einer radikalen Verkürzung der Arbeitszeit. Nur so kann die Arbeitslosigkeit einschließlich Hartz IV beseitigt werden.

Dazu ist es allerdings auch notwendig, daß die Produktionsmittel denen gehören, die die Werte erarbeiten.

Das ist Zukunftsmusik – es kann auch anders kommen. Nicht nur einmal haben Krisen zu Kriegen geführt. Michael Beltz

60 Jahre Grundgesetz? - 60 Jahre Verfassungsbruch!

Am 23. Mai 1949, vor 60 Jahren, wurde das Grundgesetz verabschiedet, das vom „Parlamentarischen Rat“, dem auch die KPD angehörte, ausgearbeitet worden war. Es wird als eine der demokratischsten Verfassungen gepriesen, und das war es auch, aber nicht lange. Sein Wesen: antimilitaristisch (Franz-Josef Strauß, CSU, 1946: "Wer noch einmal ein Gewehr anfaßt, dem soll die Hand abfallen"), antifaschistisch (alle faschistischen Organisationen sollten verboten sein) sowie die Sozialbindung des Eigen-



tums und auch die demokratischen Grundrechte wurden sukzessive ausgehöhlt, aufgehoben, abgeschafft.

1956: Einführung der allgemeinen Wehrpflicht unter Bruch des GG.

1968: Verabschiedung der Notstandsgesetze, mit denen - "bei Bedarf" - alle wesentlichen Grundrechte aufgehoben werden können

1972: Willi Brandt, SPD, erläßt die Berufsverbote gegen Artikel 3 GG (Niemand darf wegen... seiner politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden)

In den 80er Jahren begann die grundgesetzwidrige Privatisierung von Bahn und Post gegen Artikel 73 GG (Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über... 6. die Bundeseisenbahnen und den Luftverkehr, 7. das Post- und Fernmeldewesen...)

1993 wurde das Asylrecht faktisch abgeschafft: Artikel 16 GG „Politisch Verfolgte genießen Asyl“

1999: Deutschland überfällt Jugoslawien gegen Artikel 25 GG: „Handlung

gen, die geeignet sind... insbesondere die Führung eines Angriffskriegs vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.“ SPD/Grüne, Schröder/Fischer haben nicht nur „vorbereitet“, sie haben geführt – strafflos.

Die Frage danach, wer die Verfassungsfeinde sind, erübrigt sich nach dieser (unvollständigen) Auflistung.

Dagegen wurden die tatsächlichen Verfassungsschützer, die gegen Remilitarisierung, gegen Notstandsgesetze, gegen Privatisierung, gegen Krieg und Sozialabbau gekämpft und die demokratischen Grundrechte verteidigt haben, stets bis aufs Messer bekämpft, eingesperrt, bespitzelt, verleumdet, verboten.

Über die demokratischen Grundrechte wie die Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13), Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10) u.a.m. setzen sich Schäuble und seine Vorgänger schon lange hinweg.

Erika Beltz

Anträge zur Stadtverordnensitzung



Die nächste Sitzung des Stadtparlaments findet am Donnerstag, dem 14. Mai, statt – zum letzten Mal in der Kongreßhalle. Von der Fraktion „Die Linke“ stehen u.a. folgende Anträge zur Abstimmung:

Fraktionsvorsitzender Janitzki hat beantragt, daß die Rechte der Mitglieder von Aufsichtsräten der Gesellschaften, an denen die Stadt mit mehr als 50% beteiligt ist, auf zusätzliche Informationen und Berichte nicht eingeschränkt werden.

Von Michael Beltz liegen u.a. folgende Anträge vor:

Zum Sichtschutz für die im Rathaus Beschäftigten (s.S.1)

Der Kreis der Berechtigten für den

Gießen-Paß soll wieder ausgeweitet werden auf alle Menschen, deren Einkommen den Hartz-IV-Satz um nicht mehr als 30% übersteigt. - Dies stößt besonders bei dem Grünen Grothe auf vehemente Ablehnung, weil es bereits Menschen mit Gießen-Paß gibt, die mehr als Hartz IV haben. Da hat er Recht, das sind z.B. die Zwangsarbeiter mit 1-Euro-Jobs. Es gibt aber viele Menschen, die monatlich wenig mehr als Hartz IV und deshalb - im Gegensatz zu früher - keinen Gießen-Paß bekommen.

Die Buslinien 2 bzw. 220 sollen so verändert werden, daß Besucher der "Rivers" (wo sich die Ämter des Kreistages sowie die GIAG befinden) zumutbar mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichen können. - Hier will die Stadt einen Pendel-Taxi-Versuch einrichten (was besonders für Leute mit Kinderwagen viel zu umständlich ist).

Außerdem soll eine öffentliche Fläche ausgewiesen und eingezäunt werden, wo Hunde ihren notwendigen Auslauf haben können, da in Gießen in allen öffentlichen Rasenflächen Leinenzwang besteht. - Auch hier wird wohl geprüft. E.B.



Chance vertan!

Im letzten Echo berichteten wir, daß mit den Geldern aus dem Konjunkturpaket II auch endlich das Stadttheater barrierefrei gemacht werden soll. Das ist leider nun nicht der Fall. Nachdem der rollstuhlgerechte Zugang auf der Prioritätenliste des Magistrats nach hinten geschoben wurde, ist er schließlich ganz gestrichen worden. Statt dessen hat der Ausbau der Licher Straße höchsten Vorrang. Das ist äußerst bedauerlich; die zusätzlichen Gelder hätten besser für Projekte verwendet werden sollen, die nicht leicht zu finanzieren sind und die den Menschen zugute kommen.

OB-Wahl in Gießen: Haumann oder Grabe-Bolz

Am Großwahntag 7. Juni 2009 sollen neben den EU-Wahlen (die DKP kandidiert!) auch die OB-Wahl an. Wir Kommunisten werden zur Zeit häufig gefragt, was man denn so wählen solle.

Auf der einen Seite ein konservativer CDU-OB, der sich gerne volksnah gibt, Bierfässer mit einem Schlag anstechen kann, dem Sport zugeneigt ist, gegen Arbeitsplatzabbau öffentlich vorzugehen vorgibt und nicht begreift, daß in den Konzernzentralen des Kapitals die eigentlichen Entscheidungen getroffen werden. Und auf der anderen Seite ein SPD-Frau, die frischen Wind ins Rathaus bringen will. Zumindest wohnt sie in Gießen und ist auch für uns Kommunisten ein Stückchen glaubwürdiger als der Amtsinhaber. Aber wählen? Das muß jeder selber entscheiden; die Weichen werden sowieso woanders gestellt. Und: Falls Dietlind Grabe-Bolz gewinnt: Bierfässer anstechen wird sie auch noch lernen.

Helmut Appel

Schulkommission will nicht jeden

In Hessen gibt es seit Jahren auf Beschluß der Landesregierung die Schulkommissionen. Eigentlich ganz sinnvoll, mal alle Beteiligten, d.h. Lehrer, Schüler, Eltern und Schulleitungen zu befragen. Nur, was heißt das konkret? Die Befragung geschieht nur per Internet, d.h. die Eltern müssen entweder einen Internetanschluß haben, oder in die Schule fahren, um dort bereitgestellte Computer zu nutzen. Gerade für die oft sehr weit verstreut wohnenden Eltern, deren Kinder Förderschulen besuchen, in Gießen kommen z.B. Schüler der Albert-Schweitzer-Schule aus dem Gebiet von Friedberg, ist dies keine Lösung. So liegt der Verdacht nahe, daß an tatsächlichen Befragungen der Eltern von Förderschulen sowieso kein Interesse besteht. Dies wird noch dadurch verstärkt, daß die Fragen überhaupt nicht auf Förderschulen abgestimmt sind. Es bleibt dabei: das in Hessen von der Landesregierung gewollte Schulsystem hängt die Schulen und damit die Schüler und Eltern der Förderschulen immer weiter ab, dies gilt natürlich auch für die Hauptschulen. Wir Kommunisten wollen eine Gemeinschaftsschule für alle Schüler ohne Aufteilung in Gymnasien, Real- Haupt- und Förderschulen. Gemeinsamer Unterricht aller Kinder bis zum 10. Schuljahr fördert nicht nur das soziale Lernen. K.S.

Rhön-Klinikum: Milliarden-Profite auf Kosten der Patienten

1500 für Tarifierhöhung auf der Straße

Erfolgreich warnstreikten die Beschäftigten der Uni-Klinik Marburg-Gießen des Rhön-Konzerns. Bei insgesamt 6500 Beschäftigten und den benötigten Notdiensten, da der Streik nicht auf dem Rücken der Patienten ausgegtragen werden sollte, zeigten die Beschäftigten deutliche Kampfbereitschaft. Es war dadurch möglich, den Konzern zu einem inzwischen auch per Urabstimmung angenommenen Abschluß zu bringen. Erfreulich, daß es gelang einen Sockelbetrag von 80 Euro ab 1.4.09 sowie ab 1.4.10 eine prozentuale Erhöhung von 2,3% zu erzielen. Hinzu kommen Verbesserungen für einzelne Beschäftigtengruppen, so erhalten z. B die Auszubildenden in der Pflege im 1. Jahr monatlich 40 Euro, im 2. Jahr 50 Euro und im 3. Jahr 70 Euro mehr. Mehr als 75% der am Klinikum beschäftigten Gewerkschaftsmitglieder waren für die Annahme. Die Minderheit sieht außer dem aus ihrer Sicht zu geringem Abschluß vor allem die Laufzeit des Tarifvertrages bis 31.12.10 als

Problem an. Zu diesem Zeitpunkt endet die mit dem Kauf durch Rhön-Klinikum vereinbarte Zeit, in der betriebsbedingte Kündigungen verboten sind. Dies bedeutet für die nächste Tarifrunde sicherlich eine ungünstige Ausgangsposition.

Ziel 2009: 130 Millionen E Gewinn
Während also in Marburg-Gießen ab-



geschlossen wurde, empfehlen Banken den Kauf oder das Halten von bereits erworbenen Aktien des Rhön-Konzernes. Im ersten Vierteljahr 2009 steigerte der Konzern seinen Umsatz

auf 547 Millionen Euro. Dies ist ein Anstieg von über 5%; der damit verbundene Gewinn im 1. Vierteljahr beläuft sich auf 30,7 Millionen Euro. Der Konzern hat laut Geschäftsleitung für 2009 das Ziel rund 130 Millionen Euro Gewinn zu erreichen. Die sog. freien Mittel - das für weitere Investitionen zur Verfügung stehende Geld - belaufen sich auf rund 280 Millionen Euro. Der Konzern rechnet mit weiteren Käufen öffentlicher Kliniken nach der Bundestagswahl und vor allem in 2010, wenn die Wirtschaftskrise auch die Kliniken voll erwischen wird. Rhön-Klinik wird dann Schnäppchen erzielen. So wird ein Konzern, dessen Ziel die Erwirtschaftung von Profiten ist, zum Gewinner der Weltwirtschaftskrise, die entstanden ist durch genau dieses Ziel: möglichst hohe Profite bei möglichst niedrigem Einsatz. Vor diesem Hintergrund erscheint der Tarifvertrag des Uni-Klinikums Marburg-Gießen viel zu gering. Enteignet den Rhön-Klinik-Konzern, keine Profite mit dem Menschenrecht auf Gesundheit und Behandlung von Krankheit. K.S,

Für das Menschenrecht auf Arbeit - Weg mit Hartz IV!

Die Arbeitslosigkeit steigt, ebenso die verdeckte Arbeitslosigkeit – dazu gehört auch die derzeitige massenhafte Kurzarbeit. Die Krise wird dies noch beschleunigen. Immer mehr Menschen sind von Hartz IV betroffen –

und dies nicht nur Arbeitslose: Jeder vierte Hartz-IV-Bezieher in Stadt und Kreis Gießen hat Arbeit, oft sogar einen Vollzeitjob, aber er verdient so wenig, daß er zusätzlich Hartz IV beantragen muß.



Insgesamt waren acht Leute beteiligt: Erika, Michael und Gernot von der DKP, Alexander und Cornelius von der Linkspartei, Teimour vom Bündnis soziale Bewegung sowie der parteilose Stadtverordnete Aris Christidis und die parteilose Kreistagsabgeordnete Andrea Jacob (Foto: linke Socke)

Vor fünf Jahren wurde in Folge der Agenda 2010 die „Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe“ beschlossen und damit der größte Sozialabbau in der Geschichte der BRD.

Seit fast fünf Jahren gibt es in Gießen jede Woche die Montagsdemonstration gegen Hartz IV von 18 bis 19 Uhr bei den Schwätzern im Seltersweg. Darüber hinaus finden sporadisch Aktionen vor der GIAG statt, wie auf dem Foto links am 8. April.

Am 1. Mai haben Michael Beltz und Alexander Richter einen Redebeitrag im Namen der Montagsdemonstranten gehalten; sie forderten: Weg mit Hartz IV, mit Demütigung und Diskriminierung, einen Mindestlohn von 10 Edie Stunde, radikale Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und ein menschenwürdiges Leben für alle.



Alexander Richter (links) und Michael Beltz (rechts) während ihres Redebeitrages auf der diesjährigen Maikundgebung des DGB

Genmais MON 810 gestoppt

Das im vorigen Gießener Echo geforderte Verbot der Aussaat der genmanipulierten Maissorte MON810 ist tatsächlich erfolgt, im Gegensatz zum letzten Jahr noch rechtzeitig vor dem Aussaat-Termin. Natürlich nicht wegen unserer Forderung, sondern weil die CSU Stimmenverluste bei der EU-Wahl fürchtet. Als Minister für Landwirtschaft und „Verbraucherschutz“ hat Seehofer die sogenannte Grüne Gentechnik noch kräftig gefördert, als Bayerischer Ministerpräsident ist er zu anderen Einsichten gekommen. Kluge Landwirte haben erkannt, daß sich Produkte aus gentechnik-freien Regionen besser vermarkten lassen. Außerdem sehen sie wohl auch, daß genverändertes Saatgut zu noch stärkerer Abhängigkeit von den Agrarkon-

zernen führt. Ein auf jede Stimme angewiesener Parteipolitiker muß so etwas natürlich berücksichtigen. Verlässlich ist so eine Wendung natürlich nicht, schon ein paar Tage später wurde bei der Zulassung einer genmanipulierten Kartoffelsorte, die angeblich nur zu industriellen Stärkegewinnung dienen soll, ganz anders entschieden. Ein ganz einfaches Mittel gegen die Machenschaften der Geschäftsmacher mit Gentechnik bei der Lebensmittelproduktion wäre eine rigorose Deklarierungspflicht. Nahrungsmittel, bei deren Herstellung Gentechnik eingesetzt wird, könnten dann nur als billigste Ramschware abgesetzt werden. Die Agrarkonzerne entwickeln jetzt



auch Methoden, mit denen sie die konventionelle Landwirtschaft in den Griff bekommen wollen. Sie identifizieren bei Pflanzen und Tieren die Gene, die für besonders günstige Eigenschaften zuständig sind. Diese lassen sie sich von willfährigen Patentbehörden patentieren. Im zweiten Schritt wollen sie dann Lizenzgebühren für alles einführen, was diese ganz natürlichen Gene enthält. Mit ihrem Heer von Rechtsanwälten und ihrem Einfluß auf Regierungen könnten sie damit durchaus Erfolg haben. Irgendwann wird mal so ein Konzern auf die Idee kommen, sich den aufrechten Gang patentieren zu lassen – dann wird jeder, der noch auf seinen zwei Beinen gehen will, Lizenzgebühren abdrücken müssen. Gernot Linhart



Erzieherinnen drohen Einkommensverluste

Auch in Gießen sollen die Kitas in Richtung Familienzentren entwickelt werden, wobei vielfältigen Anforderungen an die Erzieherinnen und Erzieher herangetragen werden. Wie verhalten sich die Träger der Einrichtungen? Aktuell läuft die Tarifrunde für die Entgeltordnung für den Sozial- und Erziehungsdienst, in der die Eingruppierung und damit die zukünftige Vergütung der Beschäftigten geregelt werden soll. Die öffentlichen Unternehmer haben dazu ihre Forderung, getarnt als Angebot, aufgestellt. Sie wollen, daß die Erzieher in der Entgeltgruppe 6 eingruppiert werden. Das bedeutet für die Stufe 1 in der Entgeltgruppe 6 (das ist die Stufe der Berufsanfänger), daß sie mit 1922,60 brutto bei

Vollzeit von 39 Stunden abgespeist werden sollen. Unter diesen Bedingungen ist es kein Wunder, daß sich in Gießen ein Erzieherinnenmangel abzeichnet und im Jugendhilfeausschuß festgestellt wurde: „Wir müssen Gießen als Arbeitsplatz für Erzieherinnen attraktiver machen.“ Die DKP Gießen fordert die Vertreter der Stadt Giessen auf, dafür Sorge zu tragen, daß die Verantwortlichen auf kommunaler Ebene (VKA) die qualifizierte, anspruchsvolle, sowie verantwortliche Arbeit der Erzieherinnen und Erzieher endlich mit einem guten Lohnangebot honorieren. Für gute Arbeit muß gute Eingruppierung und damit Bezahlung erfolgen. K.S.

Osteraktionen der Friedensbewegung in Gießen



Am Ostersonntag zogen wieder – wie schon im vergangenen Jahr – die Friedensbotschafter durch die Gießener Innenstadt, begleitet von einem Transparent „Abrüstung statt Sozialabbau“ und einer kleinen Schar Flugblattverteiler. Ihre Hauptforderung: Truppen raus aus Afghanistan! Aufstockung der zivilen Aufbauhilfe um die Mittel, die durch den Abzug der Truppen frei werden!

SIE kriegen den Karren nicht flott...

Nicht die Gier der Banker, nicht falsche Politik, nicht einmal falsche Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums sind die eigentliche Ursache der gegenwärtigen Wirtschaftskrise. Die Krise ist gesetzmäßig aus dem Funktionieren der kapitalistischen Produktionsweise erwachsen, keineswegs aus ihrem Nichtfunktionieren. Diesen Nachweis zu erbringen hat sich Rainer Roth, Professor der Sozialwissenschaften in Frankfurt/Main, in einer soeben erschienen Broschüre zum Ziel gesetzt. Der Autor legt dar, dass in der kapitalistischen Produktion die Konkurrenz dazu zwingt, die Arbeitsproduktivität ständig durch den Einsatz der neuesten Technik zu steigern. Eigentlich eine gute Sache, die es erlauben würde, die Arbeitszeit zu verkürzen. Im Kapitalismus führt steigende Produktivität zur Freisetzung von Arbeitern. Arbeitlose schaffen keinen Profit und konsumieren auch nur sehr eingeschränkt. Die Profitrate (Gewinn im Verhältnis zum eingesetzten Gesamtkapital) fällt langfristig. Der Staat verschuldet sich zunehmend, weil er Care-Pakete für das Kapital in Form von Subventionen und Steuergeschenken schnürt. Roth zeigt, dass der gleiche Mechanismus auch in der Finanzwirtschaft wirkt. So fallen die Zinsspannen, weil die Bereitschaft und Fähigkeit, hohe Zinsen zu zahlen, bei fallenden Profitraten abnimmt. Das hat Folgen für das Geschäftsgebaren der Banken. Der Bundesbank ist zuzustimmen, wenn sie konstatiert, dass „sinkende Margen (Zinsspannen) aggressive Geschäftspraktiken begünstigten.“

Wir können hier nur einige der waghalsigen Finanzpraktiken benennen, die der Autor aufzeigt. Die Eigenkapitalquote einer Bank stellt eine gewisse Sicherung gegen Verluste dar. Um die Profite zu steigern, drehen die Banker mit gefährlich niedrigen Eigenkapitalpuffern und wachsendem Fremdkapital zunehmend größere Krediträder. Hierzu diente auch die Verbriefung von Krediten, d. h. ihre Bündelung zu handelbaren Wertpapieren, die aber zumeist wenig werthaltig waren. Diese wurden dann verkauft und somit ihre Risiken an Käufer in aller Welt weitergereicht. Im Weiteren müssen



Stichworte genügen: Hedgefonds, Private Equity, Derivate, Zertifikate, Kettenbriefsysteme. Mit den Abkommen von Basel (Basel I und II) wurden die Finanzmärkte angeblich reguliert, aber diese Flut von Bestimmungen konnte die Kreditorgien der Banken nicht eindämmen, weil kapitalistische Staaten niemals das Ziel verfolgen können, die Kapitalrentabilität insgesamt zu beschneiden. Im Gegenteil, Förderung ist das Ziel.

Finanz- und Wirtschaftskrise: SIE kriegen den Karren nicht flott... Anmerkungen zu Ursachen und „Lösungen“. Autor: Rainer Roth. Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne KLARtexte. V.; 2009. 127 S. Bestellung gegen eine Spende (mind. 3 Euro) und Versandkosten über info@klartext-info.de

Da Roth immer hinter den äußeren Erscheinungen der Ökonomie das Wesen der Dinge herausarbeitet, kann er viele verbreitete falsche Vorstellungen zu rechtrücken. Nur ein Beispiel: Angeblich hat die kranke Finanzwirtschaft die gesunde „Realwirtschaft“ infiziert. Aber der Kapitalüberschuss, der auf Teufel komm raus nach profitabler Anlage sucht, ist Produkt der ganz realen Warenproduktion. Illusionen lässt der Autor nicht aufkommen. Regeln (etwa höhere Eigenkapitalquote, Verbot von Kreditverbriefungen), die das Verzocken des gesellschaftlichen Reichtums erschweren, sind im Interesse der Lohnabhängigen richtig, aber die Lösung sind sie nicht. Soziale Forderungen (etwa Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, Rente mit 60) sind zur Verteidigung der Lebensinteressen der Arbeitenden sinnvoll und verlangen kämpferischen Einsatz. Eine „solidarische Gesellschaft“ schaffen sie nicht. Es gibt keine solidarische Ausbeutung. Notwendig zur Ausmerzung von Krisen ist die Errichtung einer Gesellschaft, in welcher der wirtschaftliche Gewinn kein Kapital und die Arbeitskraft keine Ware mehr ist. Klaus Mewes

UZ unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung



Probexemplare bzw.
10 Wochen gratis-Abo
(endet automatisch):

UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,
45127 Essen, tel 0201-2486482,
E-mail: UZAbo@t-online.de
www.unsere-zeit.de



Im Rahmen der Landeskonferenz der Kommunistischen Plattform der PDL am 26. April in Wetzlar fand auch eine Diskussion zu den Eu-Wahlen statt. Auf dem Podium von rechts Ali Al Dalami, Reiner Kotull (beide KPF) und Michael Beltz (DKP), die Diskussion wurde geleitet von Heide Boulaise aus Marburg

Leserbriefe

Ein letztes Bier auf Hartz IV

Mißfelder (CDU) fordert u.a. auch:
„Hartz-IV-Leistungen nicht verbessern
dies fördert nur den Tabak- und Schnapsverbrauch.
Hartz-IV-Sanktionen verkürzen das Leben sowieso,
da bist du für jede „Maßnahme“ froh.
Wo bleibt „das Fördern der Kunden“
bist Du erst in einem 1-Euro-Job verschwunden?
Du nimmst jede noch so stupide Maßnahme an,
weil mit 30% Leistungskürzung bist du noch ärmer dran.
Für einen günstigen Einkauf stehst du brav an „der Tafel“ an,
weil man mit dem Regelsatz nicht gesund überleben kann.
MONITOR berichtet so dann:
„Schafft die Tafeln ab, die Klientel verläßt sich darauf,
die Selbständigkeit geht verloren.“
Ihr lieben MONITOR-Redakteure; ihr seid auserkoren:
lebt nur 1 Monat von Hartz IV,
danach trinkt ihr mit Mißfelder mehr als nur ein Bier!!!
Trinkt noch einen Schnaps
auf die Banker und Broker der Welt,
sie haben das Feld für den Untergang bestellt!!!
Ein letztes Bier auf Hartz IV

S. Ratzinger

"Wahlgeschenke": Dass die Idee der SPD, den Steuerbonus von 300 E einzuführen ein dummer und zynischer Wahlpropagandatricks ist, ist offensichtlich: Denn dieser Bonus kann aufgrund bestehender Steuergesetze gar nicht bei den BürgerInnen ankommen, die ihn am nötigsten gebrauchen: ArbeiterInnen mit der Steuerklassenkombination III/V, alle die im Laufe des Jahres eine so genannte „Lohnersatzleistung“ (Arbeitslosengeld I , Mutterschaftsgeld, Krankengeld,) bezogen haben. Diese Personengruppen sind gesetzlich verpflichtet, eine Einkommensteuererklärung abzugeben - also könnte ihnen bei Antrag auf den Bonus und Nichteinreichung der Steuererklärung die Absicht einer Steuerhinterziehung unterstellt werden (?). In diesen „Genuß“ kommen erst recht nicht Menschen, die überhaupt keine Steuern zahlen können, und am oder unter dem Existenzminimum fristen müssen. Dies betrifft insbesondere Hartz-IV-Opfer, Rentner und Geringverdiener.
Falk Moldenhauer

Vor 80 Jahren: Blutmai 1929: Vor 80 Jahren hielt der Berliner SPD-Polizeipräsident Zörgiebel ein am 13. Dezember 1928 verhängtes generelles Demonstrationsverbot aufrecht. Als in Berlin dennoch 200.000 Menschen dem Aufruf der KPD u.a. zur Maidemonstration gefolgt waren, befahl er der Polizei - in Abstimmung mit dem preußischen SPD-Innenminister Albert Grzesinski - auf die Mai-Demonstranten zu schießen. Ergebnis: 31 Tote - darunter 1 Journalist, 2 Sozialdemokraten, 1 KPD-Mitglied, 6 Frauen - und mehrere Hundert Verwundete. - Damit handelte er in der Tradition der SPD-Konterrevolutionäre Noske („Einer muß der Bluthund sein.“) und Ebert, die die November-Revolution von 1919 im Blut ersticken ließen. Die Frage heute ist angesichts der Krisen und Kriege: wie wird sich die SPD künftig verhalten?
Uwe Moldenhauer

**Redaktionsschluß für das
Juni-Echo: 28.5.09**

Schröder zurück?!: SPD-Chef Müntefering wünscht sich in Zeiten der Krise Ex-Bundeskanzler Schröder zurück (als was?). Das Gedächtnis scheint kurz zu sein: In der Regierungszeit SPD/Grün, war u.a. Herr Schröder mit dafür verantwortlich, dass die angeblich so plötzliche Finanz-/Wirtschaftskrise (die in Wirklichkeit kapitalistischen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten unterliegt - s. z.B. Börsencrash von 1929) vorbereitet, eingeleitet und umgesetzt wurde. Er hat sich wie Joseph Fischer rechtzeitig und gut honoriert aus dem Staub gemacht. Beide u.a. sind für Sozialabbau und Kriegspolitik (erinnert sei an den Krieg gegen Jugoslawien), die im engen Zusammenhang stehen. Oder wie sagt ein Herr Bernstein (nicht Eduard) "Die schärfsten Kritiker der Elche waren früher selber welche." Ich bin nicht gläubig, aber wenn es so etwas wie Gott/Jesus gibt, so schütze er uns doch bitte vor so einer SPD-Führung. Wie ist es möglich, dass Mitverantwortliche für Krise, Krieg und Folter auf 1. Mai-Kundgebungen sprechen dürfen? Stellvertretend sind hierfür Müntefering, Uwe Bossart

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 15 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Eigendruck.

Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, Telefon/Fax 0641/2503430. E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet:

<http://www.dkp-giessen.de>

<http://www.dkp-hessen.de>

Bitte ausschneiden und einsenden:

Ich möchte:

Informationen zum Thema:

- Ich möchte Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden

Name:

.....

Adresse:

FEST DER SOLIDARITÄT
19.-21. Juni 2009
Dortmund Revierpark Wischlingen



Eintritt frei; der Button zu 5 € dient zur Finanzierung des Festes. - Wer helfen will (z.B. mit Schichten im Hesselzelt), bitte melden. Es gibt wieder die Möglichkeit neben dem Festgelände zu zelten. Weitere Infos (Mitfahrgelegenheit..) über das Echo.
Freitag abend:
Konstantin Wecker,
Samstagabend:
Dietrich Kittner

Die Krise bekämpfen • Sozialpakt für Europa! •

Die Verursacher müssen zahlen



16. Mai 2009

Aufruf zur Großdemonstration und Kundgebung von DGB und EGB am 16. Mai in Berlin

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat inzwischen die ganze Welt erfasst und bedroht unsere Wirtschafts- und Sozialsysteme. Die Arbeitslosigkeit steigt. Die noch Arbeit haben, fürchten um ihre Jobs. Die Kaufkraft nimmt ab, die Staatsschulden steigen, Armut greift um sich. Schuld sind rücksichtslose Banken, Börsenspekulationen und eine Politik, die den Kasinokapitalismus erst ermöglicht hat. - Abfahrt von Gießen mit dem Bus: 4.40 Uhr Messeplatz Ringallee (Teilnahme anmelden unter: www.mittelhessen.dgb.de oder 0641/932780)

50 Jahre Revolution in Kuba



Solidaritätsveranstaltung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba

mit Unterstützung weiterer Organisationen
am Sonntag, dem 14. Juni, dem Geburtstag von Che Guevara, ab 18 Uhr, im Café Amelie, Gewerkschaftshaus - mit

Günter Pohl, Journalist und Lateinamerika-Kenner

außerdem: Cuba libre, kubanische Zigarren, Bücher, CDs, Rum, Info-Stände, Poster, Bücher, Fahnen... sowie

Live-Musik mit Sub Terra

Pfingstcamp der



*Sozialistischen
Deutschen
Arbeiterjugend*
29. Mai bis 1. Juni
2009

**Sommer * Sonne * Sozialismus
Gegen Krise, Imperialismus &
Krieg**

Programm, Veranstaltungen & Diskussionsrunden

EU - das nette Imperium?

Gaza-Krieg und Palästina

Antifa-Zeitzeugen-Veranstaltung mit Hans Heisel u.v.a.m.

Ort: Verlängerte Gartenstr., Lorhaupten, 63639 Flörsbachtal

Teilnahme: komplett 15 Euro, Tageskarte 10 Euro. - Anmeldung, Infos und Kontakt: 015159074132,

sdaj-frankfurt@gmx.de oder www.sdaj-netz.de

Schluß mit freien Handy-Notrufen: Danke, EU!

Seit Mobil-Telefone verbreitet sind, gibt es eine vernünftige und menschenfreundliche Regelung: Die Notrufnummern 110 und 112 können auch mit Telefonen ohne Karte oder mit abgelaufener Karte erreicht werden. Ab 1. Juli ist damit Schluß. Im Rahmen der Umsetzung einer Richtlinie der Europäischen Union wird diese Möglichkeit abgeschafft. Viel Aufhebens wird in den Medien wegen dieser Änderung nicht gemacht, ab und zu findet man sie in Aufzählungen gesetzlicher Neuerungen. Wer hat wohl ein Interesse am Schluß für freie Notrufe? G.L.

Jeden Montag, 18 bis 19 h

bei den 3 Schwätzern:

Protest gegen Hartz IV

Gießener Montags-Demo:

www.gimode.wordpress.com

Termine der DKP

Mitgliederversammlung:

Donnerstag, 4. Juni, um 19.30 Uhr im Versailles-Zimmer der Kongreßhalle

Infostände: Samstag, 9. Mai und Samstag, 6. Juni, jeweils ab 11 Uhr vor dem City-Hotel (Kugelbrunnen)

"Vom Standpunkt der ökonomischen Bedingungen des Imperialismus, d.h. des Kapitalexports und der Aufteilung der Welt durch die "fortgeschrittenen" und "zivilisierten" Kolonialmächte, sind die Vereinten Staaten von Europa unter kapitalistischen Verhältnissen entweder unmöglich oder reaktionär."

(Lenin: Über die Losung der Vereinten Staaten von Europa, 1915)

**Liebe Freundinnen und Freunde,
liebe Genossinnen und Genossen,**

wir wenden uns an alle,

* denen die Veränderung der Verhältnisse, die Bewegung auf der Straße, im Betrieb und im Stadtteil wichtiger ist, als der Sprung von 7 Prozent auf 9 + x im Europäischen Parlament;

* die auch bei der Wahl zum Europäischen Parlament demonstrieren wollen, dass sie für eine grundsätzliche gesellschaftliche Alternative stehen;

* die auf der gemeinsamen Suche nach einer ganz anderen Welt sind;

* die in den gegenwärtigen Kämpfen und Bewegungen die Frage nach der kommunistischen Zukunft einbringen.

Die DKP wird bei der Wahl des Europäischen Parlaments am 7. Juni 2009 antreten.

Dass sie keine Chance hat, rein zu kommen, spricht nicht gegen die Kandidatur und Wahl der DKP.

Auch mit einer Demo werden Krieg oder Sozialabbau nicht gestoppt.

Und trotzdem demonstrieren wir.

DKP wählen ist, wie demonstrieren in der Wahlkabine.

Heinz Stehr, Vorsitzender der DKP

